



VON GERHARD HOFER

Wohin steuert ein Staat, in den nur 20 Prozent der Bürger einzahlen?

Der Sozialstaat gelangt nicht nur an seine Leistungsgrenzen. Wenn immer weniger immer mehr ins System einzahlen, gefährdet das die Demokratie.

Es ist eine ziemlich beeindruckende Zahl, die das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo präsentiert hat. 80 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher bekommen unter dem Strich mehr staatliche Leistungen, als sie selbst in das System einzahlen. Man nennt das Umverteilung. Und in Sachen Umverteilung ist Österreich unbestritten Weltklasse. Dass „nur“ 20 Prozent der Bevölkerung unser hochdotiertes Sozialsystem am Leben erhalten, ist die andere Seite der Medaille. Etwa ein Drittel unseres Bruttoinlandsprodukts fließt in den sozialen Ausgleich, zuletzt waren es 130 Milliarden Euro.

Das Problem ist, dass ein Großteil der Bevölkerung diese Leistungen gar nicht wertschätzt bzw. wertschätzen kann. 57 Prozent der Österreicher wissen nämlich nicht, was das Bruttoinlandsprodukt ist. Knapp die Hälfte tut sich schwer mit einfachsten Prozentrechnungen. Bis vor Kurzem konnten 30 Prozent mit dem Begriff Inflation nichts anfangen. Zumindest dieses Wissen hat sich in den vergangenen Monaten deutlich gebessert. Die größten Probleme unseres Sozialstaats sind demnach nicht seine mitunter mangelnde Treffsicherheit und überbordende Bürokratie. Die größte Gefahr geht von Ignoranz, Desinteresse und Unwissenheit aus. Das ist der Nährboden für den Populismus am linken und rechten Rand. Die einen fühlen sich vom Staat betrogen, die anderen propagieren seine Allmacht.

Der Maler Gottfried Helnwein sagte im Gespräch mit dieser Zeitung kürzlich: „Erst die räumliche und zeitliche Distanz zu Österreich hat mir die Möglichkeit gegeben, die erstaunlichen Qualitäten dieses Landes zu erkennen.“ Wer einmal den Rest der Welt gesehen hat, urteilt offenbar viel milder über dieses Land. Wer, so wie Helnwein, lange Zeit in den USA gelebt hat, musste wohl oder übel das Prozentrechnen lernen und erfuhr darüber hinaus auch, woher der Wohlstand tatsächlich kommt. Nicht vom Staat, sondern von jenen, die ihn mit ihrem Fleiß und somit mit ihren Steuern und Abgaben erhalten.

In Österreich spricht man über diesen mit knapp 20 Prozent auch eher unbedeutenden Teil der Bevölkerung allerdings sehr selten. Entweder geht es um die sogenannten Superreichen, die man mit

noch mehr Steuern noch mehr zur Kasse bitten möchte. Oder es geht um die Armut in diesem Land, um Kinder, die sich keine warme Mahlzeit leisten können, geschweige denn einen Burger. Ja, es gibt Armut, und es gibt Bereiche, in denen selbst unser Weltklassem Sozialstaat offensichtlich versagt. Aber wäre es nicht einmal an der Zeit, sich auch jenen zu widmen, die trotz all der widrigen Umstände ihren Beitrag leisten und dieses Land so lebenswert machen, wie es tatsächlich ist?

Diese 20 Prozent sind es nämlich, die man jedenfalls hegen und pflegen muss. Das Problem ist nur: Mit ihnen gewinnt man schon lang keine Wahlen mehr. Der gut geölte Umverteilungsstaat ist still und heimlich in eine veritable demokratiepolitische Falle getappt. Was passiert mit einem Land, in dem die Einzahler immer mehr in die Defensive gedrängt werden? Wohin steuert der Sozialstaat, wenn immer weniger immer mehr beitragen müssen?

Die Aufgabe eines Sozialstaats ist es nicht, einfach nur umzuverteilen. Vielmehr geht es darum, so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich zu befähigen, diesen Staat zu stützen und zu unterstützen. Auch finanziell. Es geht also darum, Nettozahler sein zu dürfen, nicht zu müssen. Man hat aus seinem Leben etwas gemacht, schafft einen sozialen Aufstieg und fühlt sich in dieser Gesellschaft wertgeschätzt, verankert und – ja, warum nicht? – gebraucht. Dieses Gefühl scheint zusehends verloren gegangen zu sein. Fühlen sich von diesen 20 Prozent noch immer viele gebraucht, wertgeschätzt? Von den einen werden sie verächtlich als „Eliten“ diffamiert, von den anderen als „Ausbeuter“, denen man ruhig noch mehr Geld abknöpfen kann – vor allem, wenn es sich um Unternehmer handelt.

Es braucht wieder mehr Nettozahler in diesem Land. Es braucht wieder eine stabile Mehrheit von Staatsbürgern im wahrsten Sinne des Wortes. Menschen, die für diesen Staat bürgen können. Das zeichnet einen funktionierenden Sozialstaat aus. Man erkennt ihn auch von innen.